7338/J
vom 20.10.2026 (XXVIII. GP)

ANFRAGE

des Abgeordneten Christian Lausch
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **Justiz will gegen geschmuggelte Handys in Gefängnissen vorgehen**

Am 20.Mai 2025 konnte man in der Tageszeitung „Der Standard“ Folgendes lesen:

„Nach dem Bekanntwerden eines Falles, bei dem ein Häftling Mordaufträge per Mobiltelefon vergab, kündigt Justizministerin Sporrer erneut Störsender und Handyverbote in Gefängnissen an.

Wien – Wie gelangen immer wieder Handys in Österreichs Gefängnisse? Diese Frage steht einmal mehr im Raum, nachdem die vom STANDARD im August 2024 berichteten Vorgängen in der Justizanstalt Krems-Stein, wo ein mutmaßlicher Drogenhändler mit in die Zelle geschmuggeltem Mobiltelefon einen Gefängnisausbruch per Hubschrauber plante und Mordaufträge in Serbien vergeben haben soll, am Wochenende medial erneut aufgekocht sind. Der Serbe soll ein Naheverhältnis zur Bande des auf Drogenhandel spezialisierten und inzwischen rechtskräftig zu lebenslanger Haft verurteilten Dario D. alias "Dexter" haben und insgesamt acht Handys hinter Gittern besessen haben. Erkenntnissen des Bundeskriminalamts (BK) zufolge, das nach APA-Recherchen seit längerem in enger Kooperation mit den serbischen Polizeibehörden gegen den 27-jährigen Serben ermitteln dürfte, wurden in Serbien mehrere Anschläge durchgeführt. Sie scheiterten allerdings.

Handys im Häf'n

Justizministerin Anna Sporrer von der SPÖ sagte auf Anfrage von Ö1: Man versuche "permanent aufzuspüren", wie Handys in Gefängnisse gelangen, auch aktuell sei das der Fall. "Das gelingt offenkundig nicht nahtlos." Sporrer wiederholte die vergangene Woche angekündigten Maßnahmen der ÖVP-SPÖ-Neos-Regierung in ihrem Bereich: Neben der Ausweitung des Einsatzes der Fußfessel und der Möglichkeit der bedingten Entlassung bei Strafgefangenen soll auch die Möglichkeit zum Einsatz von Störsendern, die Telefonieren unterbinden, geschaffen werden. Diese Idee gibt es schon länger. Allerdings hat sich bisher das Problem aufgetan, dass Störsender auch die Mobiltelefone der Nachbarschaft beeinflussen.

Das Problem der geschmuggelten Handys dürfte ein wachsendes sein: Wurden im Jahr 2017 laut Aufzeichnungen des Justizministeriums noch 761 Mobiltelefone in den Haftanstalten sichergestellt, waren es 2022 bereits 1078, im vergangenen Jahr noch mehr: nämlich 1181. Die Geräte dürften über die Mauern geworfen, über Besucherinnen und Besucher in den Innenbereich gebracht oder mittels Drohnen in Höfe abgeworfen werden.

Um Mobiltelefone aus den Häf'n zu verbannen, soll fortan auch in den Gefängnissen ein Handyverbot umgesetzt werden. Erlaubt sollen dort laut Vorhaben der Justizministerin künftig nur mehr Mobiltelefone für jene Personen

sein, für die sie dienstlich nötig sind, also etwa bei Justizwachebeamten oder bei Ausnahmen im Einzelfall.

Mordaufträge aus Gefängnis

Zurück zum aktuellsten Fall: Der 27-Jährige soll zwei Männer beauftragt haben, in Belgrad einen Mann zu töten. Er soll ihnen über einen Mittelsmann eine Handgranate vermittelt haben, die die beiden im November 2021 auf das Opfer werfen sollten. Zeitnahe schleuderten dieselben beiden Täter demnach eine Handgranate und einen Brandsatz gegen das Wohnhaus eines weiteren Mannes, in dem der 27-Jährige einen ‚Verräter' erblickt haben soll. Dieser wurde trotz Schäden am Gebäude nicht verletzt.

Daraufhin soll der 27-Jährige zwei neue Killer gesucht haben. Diese feuerten dann im August 2023 mit einer Panzerabwehrwaffe erneut ein Geschoß auf das Wohnhaus des Mannes, in dem sich zu diesem Zeitpunkt dessen Mutter und ein Bruder aufhielten. Die Granate traf das Gemäuer, durchdrang diese aber nicht – erneut entstand nur ein geringer Sachschaden.

Geplante Flucht

Der serbische Insasse soll zudem seine Flucht aus der Justizanstalt Stein in Niederösterreich geplant haben – und das auf durchaus spektakuläre Weise: Dem Bundeskriminalamt zufolge versuchte er im Jänner 2024 einen Bekannten dazu zu bringen, ihn mit einem gekaperten Helikopter zu befreien. Besagter Bekannter hätte in Bad Vöslau einen Hubschrauber mieten, anschließend die Pilotin mit einer Pistole bedrohen und sie dann dazu zwingen sollen, nach Krems zu fliegen. Sein weiterer Plan: Über dem Gelände der Justizanstalt Stein hätte eine Leiter oder ein Seil herabgelassen werden und dem 27-Jährigen so die Flucht ermöglicht werden sollen. Bisher zumindest konnte das Vorhaben nicht umgesetzt werden.

Der Rechtsvertreter des 27-Jährigen weist die Vorwürfe gegen seinen Mandanten zurück. "Es sind weder die Ermittlungen der serbischen noch die der heimischen Behörden abgeschlossen", sagte der Wiener Rechtsanwalt Nikolaus Rast laut APA-Anfrage.

Rechtskräftige Anklage

Gegen den 27-Jährigen liegt bereits eine erste rechtskräftige Anklage vor. Vor seiner Überstellung nach Stein war der Serbe in der Justizanstalt Hirtenberg in Niederösterreich untergebracht. Dort soll er Mithäftlinge mit Kokain, Heroin, Ecstasy und Crystal Meth versorgt und außerdem den Verkauf von fünf Kilogramm Cannabis organisiert haben, das einem Abnehmer anschließend in Wien übergeben wurde.

Nach seiner Verlegung nach Stein soll der Serbe mittels illegaler, vermeintlich abhörsicherer Kryptohandys im Sommer 2023 mit der Schlepperei von Flüchtlingen begonnen haben: So soll er sich als Organisator von drei Schlepperfahrten betätigt und zumindest 25 Geflüchtete über die Türkei nach Griechenland illegal nach Europa gebracht haben. Die kriminelle Organisation,

in die der 27-Jährige laut BK während seiner Inhaftierung weiterhin federführend eingebunden war, wird von den Strafverfolgungsbehörden als ‚serbisch-stämmige Intensivtätergruppe im Bereich der Schwerstkriminalität' bezeichnet.

Der Prozess gegen den 27-Jährigen wegen Schlepperei und Drogenhandels wird am Landesgericht Wiener Neustadt stattfinden. Die Verhandlung ist für Ende Juni anberaumt. Die Ermittlungen wegen versuchter Bestimmung zum Mord, Luftpiraterie und krimineller Organisation laufen noch."[1]

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage

1. In welchen Justizanstalten Österreichs wurde ab Mai 2025 ein Probebetrieb von Handystörsender – wie angekündigt – getestet? (Bitte um Darstellung des Zeitraumes und Justizanstalt)
2. In welchen Justizanstalten läuft der Probebetrieb gerade?
3. In welchen Justizanstalten ist ein Probebetrieb noch geplant?
4. Über welche Zeiträume sind die Probebetriebe geplant? (Bitte um Aufschlüsselung nach Justizanstalten)
5. Wie hoch waren die anfallenden Kosten für den Probebetrieb in den jeweiligen Anstalten bis jetzt? (Bitte um Kostendarstellung der jeweiligen Justizanstalten)
6. Welche Firmenanbieter von Handystörsender wurden getestet?
7. Gibt es Anstalten, wo keine Störsender getestet wurden?
    a. Wenn ja, warum?
    b. Wenn ja, in welcher Anstalt wurden keine Störsender getestet?
8. Welche Erfahrungswerte wurden generell im Probebetrieb gesammelt?
9. Wenn ein Probebetrieb abgeschlossen ist, wann beginnt man mit der Realisierung?

[1] https://www.derstandard.at/story/3000000270625/justiz-will-gegen-in-gefaengnisse-geschmuggelte-handys-vorgehen (aufgerufen am 12.10.2026)

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-20T11:54:42+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	